



Foto: fotolia/Blaz Kure

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Sonnabend/Sonntag, 21./22. September 2013 68. Jahrgang/Nr. 221 • Bundesausgabe 1,90 €, Auslandspreis 2,30 €

das wochennd

Alternativen im Gesundheitswesen

Baukonzern baut ab

Bilfinger will 1250 Stellen streichen

Mannheim (nd-Speckmann/dpa) Roland Koch hat aus seiner Zeit als aktiver CDU-Politiker und hessischer Ministerpräsident schon so manche umstrittene Entscheidung zu verantworten. Jetzt kommt eine neue in seiner Eigenschaft als Vorstand des börsennotierten Dienstleistungs- und Baukonzerns Bilfinger hinzu. Der in Mannheim ansässige und international agierende Konzern will seine Struktur ändern. Bis 2015 sollen insgesamt weltweit 1250 Stellen in der Verwaltung gestrichen werden, wie das Unternehmen am späten Donnerstagabend mitteilte. Betriebsbedingte Kündigungen seien nicht ausgeschlossen, hieß es. Allerdings habe man mit den Beschäftigtenvertretungen »Maßnahmen zur sozialverträglichen Gestaltung des Stellenabbaus« vereinbart.

Ab 2015 rechnet Bilfinger so mit jährlichen Einsparungen an Personalkosten von 80 bis 90 Millionen Euro. Die Sachkosten sollen im selben Zeitraum um einen niedrigen bis mittleren zweistelligen Millionen-Euro-Betrag niedriger ausfallen. Bilfinger will der Mitteilung zufolge zum 1. Januar 2014 seine Teilkonzern-Holdings in die Bilfinger SE integrieren. Damit sollen vorhandene Verwaltungsfunktionen zusammengeführt, Kosten gesenkt und die Führungs- und Managementstruktur effizienter gestaltet werden. So solle die Wettbewerbsfähigkeit langfristig gesichert werden, erklärte das Unternehmen.

Derzeit beschäftigt Bilfinger rund 70000 Mitarbeiter. Am Aktienmarkt wurde die Kürzungsmitteilung, wie es heißt, »moderat positiv« aufgenommen.

Unten links

In Bayerns Landeshauptstadt stehen die Bürger am Sonntag vor einer weitaus schwierigeren Entscheidung als der zwischen Parteien. Knifflige Frage für viele ist, ob sie erst zur Wahl und danach auf die **Wiesn** gehen – oder umgekehrt. Denn seit Samstag tobt in München die weltgrößte Volksbelustigung, das Oktoberfest. Erst Abstimmen und dann Saufen wäre freilich die vernünftige Variante. Aber seit vorigem Wochenende wissen wir, dass in Bayern die Uhren anders ticken – was eine freundliche Umschreibung für die Unvernunft der absolut mehrheitlichen CSU-Anhänger ist. Kippen die sich aber zuerst drei Maß hinter die Binde, kann das böse ausgehen. Denn mit steigendem Alkoholpegel sinkt die Hemmschwelle. Die einen können nicht wählen, weil ihnen übel ist. Die anderen schaffen den Weg zum Wahllokal nicht mehr, weil ihnen die Blase drückt – und die dritten haben sowieso keinen Bock auf Wahlen im Wochenrhythmus. Oktoberfest heißt eben immer auch Katerstimmung. *oer*

www.neues-deutschland.de
twitter.com/ndaktuell

Einzelpreise
Tschechien 67/77 CZK ISSN 0323-3375



Berlin (nd). »Knallt das Monster auf die Titelseite« heißt ein italienischer Film von 1972, in dem es um einen emotional extrem aufgeheizten Wahlkampf und die Rolle der Medien geht. Der Wahlkampf, den Deutschland in diesem Jahr erlebte, gehört eher in die Abteilung Schlafwagen. Aber immerhin, Angela Merkel strahlte die Leserinnen und Leser wohl mit Abstand am häufigsten von Titelseiten an. Als Gesicht, als Ganzkörper. Und als Handmodell, als Königin der Raute.

»Mutti« wird sie in Unionskreisen und in den Medien genannt; so oft, dass ausländische Zeitungen inzwischen glauben, Merkel werde von der Bevölkerung zärtlich-achtungsvoll so tituliert. Im Grunde genommen war »Mutti« schon das gesamte Wahlprogramm der CDU, gegen das sich SPD und Grüne weitgehend vergeblich abstrampelten. SPD-Kandidat Peer Steinbrück wird am Ende froh sein, wenigstens knapp über dem sozialdemokratischen Rekordtief von 2009 zu bleiben; die Grünen könnten auf ihrer derzeitigen Talfahrt noch hinter die LINKE zurückfallen.

Sehr viel spricht dafür, dass »Mutti«, wie es im DDR-Kinderlied hieß, auch nach der Wahl wieder »früh zur Arbeit geht«. Und zwar ins Kanzleramt. Daran dürften die letzten Umfragen nichts mehr ändern, die diesmal – entgegen bisherigen Gepflogenheiten – bis ins Wahlwochenende hinein veröffentlicht werden. Was Bundestagspräsident Norbert Lammert ärgert, weil die Wähler im Wust der Zahlen Umfragen und Wahlergebnisse verwechseln könnten, wie er fürchtet. Eher ins wahlpolitische Gewicht fallen dürfte es allerdings, wenn ein Konzern wie Tengelmann kurz vorm Urnengang mit einer riesigen Anzeige für das Kreuz bei Merkel wirbt. Alles in allem ist die Prognose nicht zu gewagt: Die Bestien werden gewinnen.

Seiten 2, 3, W6, W16
Foto: photocase/tiefpics

Vorschlag zur Güte aus Iran

Teheran will vermitteln – vielleicht gibt es doch eine Syrien-Friedenskonferenz

Von Roland Etzel

Die diplomatische Betriebsamkeit rund um Syrien hält an. Dabei ist nicht zu überhören, dass mit der momentan abgewendeten NATO-Intervention auch die Kriegepolitik abgenommen hat – Ausnahme Frankreich.

Die syrische Regierung hat am Freitag angedeutet, dass sie bereit ist, über neue Varianten nachzudenken, den seit zweieinhalb Jahren andauernden inneren Krieg zu beenden. Der stellvertretende Ministerpräsident Kadri Dschamil machte dazu im Londoner »Guardian« den Vorschlag eines Waffenstillstandes und eines anschließenden politischen Prozesses. Dies ist insofern bemerkenswert, als die reguläre syrische Armee seit Monaten in der Offensive ist und langsam, aber stetig in den bisher von Freischärlern kontrollierten Gebieten eine Stadt nach der anderen zurückerobert.

Dazu kommt eine veränderte Rhetorik. Die militanten Regierungsgegner werden nicht mehr als Terroristen bezeichnet, was bislang Verhandlungen von beiden Seiten ausschloss – ganz gleich auf welche der Rebellengruppen diese Bezeichnung zugefallen mag. Zwei Bedingungen werden dafür genannt, die auch schon vom UN-Sonderbotschafter für Syrien, dem Algerier Lakhdar Brahimi, als Voraussetzungen für Friedensgespräche erwähnt worden waren. Das sind neben einer Waffenruhe die Akzeptanz der Repräsentanten und der Verhandlungsführer der jeweils anderen Seite sowie ein Ende der ausländischen Einmischung.

Letzteres würde bedeuten, dass von Syriens Nachbarn vor allem die Türkei dem mehr oder weniger ungehinderten Ein- und Austritt islamistischer Kampftrupps einen Riegel vorschiebt. Für Syriens Präsidenten Baschar al-Assad hieße es,

auf die Schützenhilfe der im Stadtguerilla-Krieg erfahrenen Hisbollah-Brigaden aus Libanon zu verzichten, die bisher maßgeblich zur Rückeroberung von Städten beigetragen haben.

Dschamil hält diesen Dialog offenbar im Rahmen einer schon seit Monaten diskutierten Genf-II-Konferenz für möglich. Es dürfte kein Zufall sein, dass am Tag von Dschamil's »Guardian«-Interview Teheran seine Vermittlung anbot. Der iranische Präsident Hassan Ruhani schrieb am Donnerstag in einem Beitrag für die »Washington Post«, sein Land wolle den Weg zu Gesprächen zwischen Assad und den Aufständischen ebnen. »Wir müssen uns zusammensetzen, um auf einen konstruktiven nationalen Dialog hinzuarbeiten, ob in Syrien oder in Bahrain.«

Allerdings kann Iran kaum für sich in Anspruch nehmen, neutraler Makler zu sein, da es in dem Krieg bisher eindeutig auf Seiten Assads stand und

auch nicht angedeutet hat, dass es diese Position nun etwa aufgeben wolle. Es dürfte jetzt aber schwerer sein, bei einem künftigen Genf II an Teheran vorbeizusehen.

Auf jeden Fall mutet Ruhani's Wortmeldung konstruktiver an als die Frankreichs, des engsten Verbündeten der Assad-Gegner im Westen. Zu den Ruhani-Vorschlägen äußerte sich Präsident François Hollande nicht. Stattdessen versprach er laut AFP, dass sein Land im »kontrollierten Rahmen« und gemeinsam mit anderen Ländern Waffen an die aufständische Freie Syrische Armee (FSA) liefern wolle. Dabei müsse dafür gesorgt werden, dass die Waffen nicht in die Hände von Dschihadisten gerieten, sagte Hollande. Das aber geschieht gerade, ohne dass die PSA-Syrer den von den Kampfplätzen Afghanistan, Libyen oder Tschetschenien eingesickerten Extremisten nennenswerten Widerstand entgegenzusetzen können. *Seite 6*

Kolumne

Die Summe und das Ganze

Von Tom Strohschneider

Wahlkämpfe haben auch diese schlechte Eigenschaft: Planmäßig steigt die Erregungskurve bis zum Tag der Stimmabgabe – und am Montag darauf ist die Sache für die meisten praktisch gegessen. Die Summe der Prozentergebnisse wird schon als das Ganze verkauft.

Dabei müsste die Sache, die man Demokratie nennt, hier erst richtig anfangen. Ein Beispiel: 2009 stürzte die SPD auf ein historisches Tief, Sigmar Gabriel wurde Parteichef und versprach, dahin zu gehen, »wo es stinkt«. Von Basisdemokratie und neuer Offenheit war die Rede. Die Sozialdemokratie wollte alte Fehler überdenken, andere Wege beschreiten. Und wo steht die SPD vier Jahre später? Ungefähr dort, wo sie 2009 am Boden lag.

Durchgesetzt haben sich Apparategik und Parlamentsfixiertheit, mediale Passformigkeit. Abgrenzung nach links führte zur Selbstblockade. Selbst Korrekturen der Partei erschienen so als taktischer Kniff. Der direkte Kontakt mit dem Wähler, der Basis, geriet zur Kampagne, zur Show. Das Problem der SPD waren nicht ein falscher Kandidat, ein schlechter Wahlkampf, böse Medien – sondern das Fehlen einer gesellschaftlichen Verankerung, der Verzicht auf Rückkopplung in den Alltag der Menschen. Es fehlt ein Fundament gesellschaftlicher Mehrheit, ohne das Veränderung noch mit dem größten Mandatsvorsprung vor anderen Parteien nicht möglich wäre.

Ein Grund zur Freude ist das sozialdemokratische Elend nicht. Die Bedingungen für soziale und ökologische Politik werden nicht da-



Tom Strohschneider
ist Chefredakteur
von »neues deutschland«.

nd-Foto: Camay Sungu

durch besser, dass die SPD es zu vielen recht machen wollte und deshalb schwach bleibt. Und: Die gesellschaftliche Linke hat eigene Probleme, und zum Teil sind es dieselben. Wie sieht also deren Bilanz seit 2009 aus?

Die Linkspartei hat sich bundespolitisch berappelt, ein Wahlergebnis im Bereich der jüngsten Umfragen wäre ein Erfolg, und wichtig über den Rahmen dieser Partei hinaus. Die Linken in SPD und Grünen erscheinen schwach, die Zukunft der Piraten ist völlig offen. Die Gewerkschaften diskutieren noch darüber, welche gesellschaftspolitische Rolle sie spielen wollen. Es nahm auf lokaler Ebene die Zahl der Initiativen gegen Neonazis und gegen »von oben« angeschobene Bauprojekte zu. Der Widerstand gegen Rassismus wurde hörbarer, es wurde viel für Freiheitsrechte demonstriert. Man konnte mehr kapitalismuskritische Texte lesen, sogar in der FAZ. Die radikale Linke war in den Krisenprotesten sichtbar und bereit, neue Erfahrungen in Bündnissen etwa mit Sozialverbänden zu machen.

Das ist zumindest nicht nichts. Aber wie viel ist es? Im Jahr der Bundestagswahl von 2009 brachte Hans-Jürgen Urban mit dem Begriff Mosaiklinke eine neue Runde im Nachdenken über einen »Kooperationsverbund kritischer Kräfte« in Gang. Aus Gründen: Die Veränderung der Verhältnisse wird nicht die Angelegenheit einer oder dreier Parteien sein. Ja, es gibt auch Zweifel daran, ob das Bild des Mosaiks richtig gewählt ist. Und natürlich muss die Zusammenarbeit verschiedener linker Akteure in einer »gesellschaftlichen Partei« immer wieder kritisch bilanziert werden.

Aber es bleibt dabei: Die gesellschaftliche Linke kann, sie muss mehr sein als die Summe ihrer einzelnen Teile. Es wird darauf ankommen, wie es diesen gelingt, das Eigene über den jeweiligen Tellerrand hinaus zu verallgemeinern, die Widersprüche auszuhalten, auf die man dabei stößt, dort politisch zu werden, »wo es stinkt«. Erst recht nach dieser Wahl.